

Zuwanderer integrieren

Die Bevölkerungs-entwicklung stellt auch die Wohnungsunternehmen vor neue Aufgaben.

VON BIRGIT OCHS

FRANKFURT. Es war ein Mord in den benachbarten Niederlanden, der die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Wohnsituation der Zuwanderer in deutschen Großstädten lenkte. Zumindest kurzfristig; in jedem Fall schlaglichtartig wie schon bei ähnlichen traurigen Anlässen zuvor. Als der Filmemacher Theo van Gogh von einem muslimischen Landmann niedergestochen wurde, war der Ort, an dem Fundamentabissmas gebackt, an dem Menschen freier Herkunft nach ihren eigenen Gesetzen und Traditionen leben, schnell ausgemacht: die Großstadt, das ethnische Viertel, das Getto, in das sich die Zuwanderer zurückziehen. Auch der Mord an der jungen Berlinerin Hannah Sürücü, deren Familie sich durch die Trennung der jungen Frau von ihrem Mann bei in ihrer Ehre verletzt sah, hat sein übriges getan. Stadteile wie Kreuzberg werden zum Monevel der Parallelgesellschaft², sagte die Bundesregierung. Man müsse Beck auf der Tagung der Schulaufsicht in Berlin - nicht ohne den

Hinweis darauf, daß andere Bevölkerungsgruppen sich auch in Wohnviertel unter-thesgleichen zurückziehen: die Reichen in ihren Villenvorort, die Studenten ins bunte Altbauviertel, die Familien in die Reichenhausiedlung. Nur, wer wollte sich allen Erstes daran stören?

Im Fall der Zuwanderer ist das anders. Das ethnische Quartier erscheint angesichts der Gewalttaten als Ort, an dem morgenschliche Traditionen und islamisches Recht mehr Zuspruch finden als das Grundgesetz, die Ehre mehr zählt als die Freiheit. So wird die Debatte darüber, wieweit Konzentration zulässig ist, wo das unvernünftliche (auch räumliche) Zusammenrücken einzelner Gruppen wie etwa der Türken oder Marokkaner unproblematisch ist und wo die Abschottung anfängt und wie Stadt- und Wohnungspolitik darauf reagieren sollen und können, zur Zeit so lebhaft geführt wie vielleicht noch nie zuvor. Denn angesichts der Bevölkerungsentwicklung in weiten Teilen der deutschen Großstädte gerät der idealtypische Grundbesitz der europäischen Stadt ins Wanken, in der der Fremde sich sozial und ökonomisch integriert, Start dessen verstärken sich Tendenzen wie in der amerikanischen Mosalke-Stadt, in der sich fremd-konkurrierende Einwanderergruppen voneinander separieren und sich nach Little Italy, China Town oder German Village zurückziehen. Vor diesem Hintergrund gerät das im Baugesetzbuch festgeschriebene Mittel

der Mischung, das lange als probates Instrument zur Integration galt, auf den Prüfstand. Für die einen ist es angesichts der Realität in den Großstädten zum untauglichen Werkzeug geworden, andere wie der Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Lutz Freitag, halten es nach wie vor für unverzichtbar. „Es geht nicht darum, die Realitäten zu ignorieren, aber wir dürfen die sozialdynamische Belegung nicht aufgeben“, sagt er. Die Mischung schaffe in den Vierteln ein anderes, das heißt besseres Klima. Entsprechend hoch sind die Vorbehalte, die die Vertreter der Wohnungsunternehmen in Bezug auf das geplante Antidiskriminierungsgesetz hegen. „Wenn das kommt, droht die sensible Belegung unmöglich zu werden“, fürchtet Freitag.

Wie wohnen Zuwanderer in Deutschland, wo wohnen sie, welche Rolle spielen sie am Wohnungsmarkt? Erst allmählich gewinnen Fragen wie diese für Stadtpolitiker wie auch die kommunalen Wohnungsumtreiber an Bedeutung. Die Statistik zeichnet folgendes Bild: Migranten leben vor allem im Westen Deutschlands, und dort überwiegend in den Ballungszentren und Großstädten. Dort beziehen sie hauptsächlich Wohnungen in innerstädtischen, nicht modernisierten Altbaugebieten, in alten Arbeiterquartieren und ehemaligen

Soldatenwohnungen, an umweltschwersten Standorten und in Sozialwohnungen stark verdrängter selbstiger Jahre. Nach Angaben der Sozialwissenschaftler Hartmut Häbermann und Wälder Siebel liegt der Anteil der Ausländer in den alten Bundesländern zwischen 6 und 15 Prozent, in den neuen Ländern dagegen stellen sie einen Bevölkerungsanteil von lediglich 2 Prozent.

Integration durch

Beteiligung der

Mieter - bei der

Planung wie beim

Quartiersmanagement.

Fast die Hälfte aller Einwohner Deutschlands mit ausländischer Herkunft lebt in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern, während dies nur bei 30 Prozent der Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit der Fall ist. Als Käufer spielen sie am Wohnungsmarkt bisher noch keine nennenswerte Rolle. Das könnte sich vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung indes ändern. Und Haus- und Wohnungsanbieter verzichten seit einigen Jahren eine steigende Nachfrage aus dieser Bevölkerungsgruppe. Insgesamt seien Zuwanderer am Wohnungsmarkt wegen der

größeren Haushaltsgröße, geringeren Einkommen sowie einer benachteiligten Vermietungspraxis in vergleichsweise schwacher Position, konsistieren die Autoren der „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“, die Schulaufsicht, Deutscher Städtebund GdW, Deutsches Institut für Urbanistik und das InWiS-Institut gemeinsam herausgegeben haben.

Die Verfasser sind dabei im wesentlichen auch der Frage nachgegangen, welchen Beitrag die Wohnungswirtschaft bei der Bewältigung von Zuwanderung leisten kann, und zwar unabhängig davon, ob die Belegung über die Quote in Zukunft überhaupt noch funktioniert. Sozialwissenschaftler wie Walter Siebel oder auch Friedrich Heckmann, sind ohnehin skeptisch, ob dieses Instrument taugt. Zumal Segregation in allen Einwanderungsländern eine typische und nicht zwingend negative Erscheinung ist.

Forscher und Praktiker aus den Wohnungsumtreibern setzen vielmehr auf die Wirksamkeit baulicher Maßnahmen und gleichzeitig sozialer Stärkung der Bewohner. „Ein Grund für Störungen liegt häufig in der Architektur selbst“, konstatiert Bernhard Spiller, Geschäftsführer der Nassensischen Heinstadt, Frankfurt. Anonyme Pläne, dunkle Nischen, starker Hall, zu kleine Müllstellen, wenig Privatsphäre und schlechte Beleuchtung nennt er als Mängel, die in erster Linie ältere Großstadtlan-

gen aufweisen und die bei der Sanierung korrigiert werden sollten. Beim Neubau können gleich zu Beginn entscheidende Akzente gesetzt werden. Im Freiburger Riesefeld etwa haben die Planer kriminalpräventive Anrangungen der Polizei in den Bebauungsplan mitaufgenommen. Das Ergebnis: keine Hochhäuser, maximal viergeschossig, konsequente Blockrandbebauung, Hauseingänge zur Straßenseite, transparente Eingangsriten und dergleichen mehr. Mit solchen Mitteln lasse sich der Wohnwert für alle erhöhen, spezielle Maßnahmen für ausländische Bewohner seien überflüssig, befürchtet Spiller. Stattdessen gelte es Treffpunkte zu schaffen: Nachbarschaftsräte, Spielplätze für kleine Kinder, Raum für jugendliche. Spillers Rezept, um die Integration zu stärken: die Bewohner einbinden, gleich ob es um die Planung baulicher Maßnahmen geht oder das Quartiersmanagement. Angebote, das wissen die Praktiker, werden nur angenommen, wenn sie nicht über die Kopfe der Bewohner hinweggeplant werden. Schließlich, die auch bei Schwierigkeiten zwischen Mietern und Wohnungsumtreibern vermitteln, wurden sinvollerweise von den Bewohnern selbst bestimmt. Das schaffe Akzeptanz. „Man muß die Leute miteinbeziehen, ihre Verantwortlichkeit für ihr Wohnumfeld und ihre Nachbarschaft wecken. Integration funktioniert auch über Beteiligung“, sagt Spiller.

FAS 13.3.05